

Malmede, Hans

**Rebecca Heinemann: Familie zwischen Tradition und Emanzipation.
Katholische und sozialdemokratische Familienkonzeptionen in der Weimarer
Republik. München: Oldenbourg Verlag 2004 (349 S.) [...]**

[Sammelrezension]

Erziehungswissenschaftliche Revue (EWR) 5 (2006) 6



Quellenangabe/ Reference:

Malmede, Hans: Rebecca Heinemann: Familie zwischen Tradition und Emanzipation. Katholische und sozialdemokratische Familienkonzeptionen in der Weimarer Republik. München: Oldenbourg Verlag 2004 (349 S.) [...] [Sammelrezension] - In: Erziehungswissenschaftliche Revue (EWR) 5 (2006) 6 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-12683 - DOI: 10.25656/01:1268

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-12683>

<https://doi.org/10.25656/01:1268>

in Kooperation mit / in cooperation with:



<http://www.klinkhardt.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Erziehungswissenschaftliche Revue (EWR)

**Rezensionszeitschrift für alle Teilbereiche der
Erziehungswissenschaft
ISSN 1613-0677**

Die Rezensionen werden in die Zeitschrift mittels eines
Peer-Review-Verfahrens aufgenommen.

Weitere Informationen: <http://www.klinkhardt.de/ewr/>

Kontakt: EWR@klinkhardt.de

Familienpolitik - Eine Sammelbesprechung

Rebecca Heinemann

Familie zwischen Tradition und Emanzipation

Katholische und sozialdemokratische Familienkonzeptionen in der Weimarer Republik

München: Oldenbourg Verlag 2004

(349 S.; ISBN 3-486-56828-0; 34,80 EUR)

Christiane Kuller

Familienpolitik im föderativen Sozialstaat

Die Formierung eines Politikfeldes in der Bundesrepublik 1949-1975

München: Oldenbourg Verlag 2004

(393 S.; ISBN 3-486-56825-6; 54,80 EUR)

Seit dem 19. Jahrhundert zählt ein unter anderem rechtsphilosophisch formulierter sowie mit Privatheit, Intimität und eigenverantwortlicher Erziehung des Nachwuchses konnotierter Autonomieanspruch gegenüber Staat und Gesellschaft zu den Merkmalen des historischen Modells der bürgerlichen (Klein-)Familie in Deutschland. Doch dieses Modell war stets auch vielfältigen Zumutungen, Anforderungen sowie Eingriffen aus Staat und Gesellschaft ausgesetzt, welche wiederum die öffentlich-rechtlich institutionalisierte und interventionsstaatlich (Kontrolle, Schutz, Hilfe) reglementierte „Ordnung der Familie“ (Donzelot 1980) prägten. Wie die aktuelle Familiendebatte zeigt, kennzeichnet der paradoxe Zusammenhang von Autonomie und Intervention auch noch im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts die öffentliche Thematisierung von Familie, familiären Aufgaben und Leistungen, Be- und Entlastungen. Untersuchungen zur Geschichte der Familienpolitik in Deutschland können somit durchaus erhellende Einsichten auch in die gegenwärtigen familienpolitischen Problemlagen und Problemdebatten bieten. Das trifft auf die beiden hier vorzustellenden zeitgeschichtlichen Monographien – für die Veröffentlichung überarbeitete Dissertationen – der Historikerinnen Rebecca Heinemann und Christiane Kuller zu.

Rebecca Heinemann (Universität Augsburg) verfolgt in ihrer Untersuchung „die öffentliche Diskussion über die Familie in der Weimarer Republik“ (11). Konzentriert hat sich Heinemann hierbei auf „die gesellschaftliche Auseinandersetzung um das bürgerliche Familienmodell im katholischen und sozialdemokratischen Milieu der Weimarer Zeit“ (13). Doch bevor die Autorin sich den katholischen und sozialdemokratischen Positionen zuwendet, behandelt sie die Vorgeschichte des Weimarer Familiendiskurses im Ersten Weltkrieg: „die Sehnsucht nach der Normalität des Familienlebens“ (21). In den Jahren von 1914 bis 1918, in denen sich als Folge und unter den Bedingungen dieses Krieges das interventionsstaatlich-sozialpolitische Handeln dynamisierte, fand in Deutschland erstmals der Begriff ‚Familienpolitik‘ Verwendung (vgl. 21-65). Auch die verfassungsrechtliche Institutionalisierung der Familie im neuen deutschen Staat, ihre Inschutznahme und Aufgabenbestimmung (Art. 119-121 Weimarer Reichsverfassung) wird von der Autorin nicht zuletzt als Reaktion auf den Ersten Weltkrieg und seine dramatischen Auswirkungen auf die deutsche Bevölkerung gesehen (66-108). Folgt man ihrer Argumentation weiter, so fungierte der Erste Weltkrieg also als Katalysator der familienpolitischen Debatten

und Initiativen über die Novemberrevolution von 1918 hinaus. Dafür stehen in der vorliegenden Untersuchung zum einen der katholische Familiendiskurs und zum anderen der sozialdemokratische Familiendiskurs.

Wie Rebecca Heinemann ausführt, galt für den katholischen Familiendiskurs auch noch in den Jahren der Weimarer Republik die in der naturrechtlich-thomistischen Gesellschaftslehre verankerte Auffassung von der christlich-patriarchalischen Familie als einer autonomen, hierarchisch geordneten Fortpflanzungs- und Lebensgemeinschaft. Die Lebensgemeinschaft Familie wurde zugleich als sozial-ethische Grundform von Gesellschaft und Staat begriffen. Das von der katholischen Kirche in Deutschland in den 1920er Jahren verstärkt propagierte Kultbild ‚Heilige Familie‘ sollte, wie Heinemann ausführt, anschauliches „Vorbild für Familien aller Gesellschaftsschichten sein und dadurch Klassengegensätze entschärfen“ (126). Es ging im zeitgenössischen katholischen Familiendiskurs mithin um die Restabilisierung der aus katholischer Sicht durch Krieg und massenkulturelle Moderne vom Zerfall bedrohten Familien in allen sozialen Klassen und Schichten und somit auch um die Erneuerung der ebenfalls in die Krise geratenen deutschen Nachkriegsgesellschaft eben durch die vorbildhafte christliche (katholische) Familiengemeinschaft.

Der restaurativ-antimoderne Geist des römischen Katholizismus aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war in diesem Kontext noch immer oder wieder lebendig (108-133). Indem sie die mit der demographischen Frage (Geburtenrückgang) verknüpfte Biologisierung des Sozialen im katholischen Familiendiskurs thematisiert, macht die Autorin aber auch auf dessen moderne, humanwissenschaftlich-bevölkerungspolitische Züge mit ihren eugenisch-sozialhygienischen Bezügen aufmerksam. Hierbei behandelt Heinemann insbesondere die pronatalistischen Beiträge des Jesuitenpaters und einflussreichen Eugenikers Herrmann Muckermann, eines der drei Gründungsdirektoren des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik in Berlin. Muckermann propagierte als katholischer Ehe- und Familienratgeber vorrangig die kinderreiche „erbgesunde“ Familie und ihre tatkräftige Unterstützung durch einen familienfreundlichen Sozialstaat. Als wissenschaftlicher Politikberater der Zentrumsparterie sprach er sich in den Krisenjahren des Weimarer Sozialstaats für die Senkung der Pflegekosten von „Minderwertigen“ in Heil- und Pflegeanstalten aus und befürwortete zudem die Zwangssterilisation (253-273).

Der sozialdemokratische Familiendiskurs in den Jahren der Weimarer Republik thematisierte ebenfalls die demographische Frage und wies eugenisch-sozialhygienische Bezüge auf, wie Rebecca Heinemann an den Medizinern und sozialdemokratischen Gesundheitspolitikern Alfred Grotjahn und Julius Moses zeigt. Auch sie vertraten pronatalistische Positionen und befürworteten negativ-eugenische Zwangsmaßnahmen; letzteres gilt insbesondere für Grotjahn. Im Gegensatz zum katholischen Familiendiskurs beinhaltete der vorrangig auf die Arbeiterfamilie bezogene sozialdemokratische Familiendiskurs jedoch die Förderung der Familienplanung (Sexualberatung, Verhütung, Abtreibung) und den Ausbau des gewerblichen und gesundheitlichen Mutterschutzes (273-288). Nach Rebecca Heinemann war „die Verwirklichung eines emanzipatorischen (und kinderfreundlichen; H. M.) Familienmodells das erklärte Ziel von Sozialdemokraten“ (133). Doch konstatiert die Autorin wenig später: „Die Einstellung von Sozialdemokraten zur Familie blieb in der Weimarer Republik zwiespältig“ (138),

denn trotz aller Kritik an der „autoritären“ bürgerlichen Familie in der kapitalistischen Klassengesellschaft bildete ausgerechnet dieses Modell, nunmehr partnerschaftlich und kinderfreundlich gewendet und auf die Familie des Facharbeiters bezogen, im sozialdemokratischen Diskurs das sozial-ethische Fundament auch der zukünftigen – sozialdemokratischen – Gesellschaft. Dafür sorgte nachdrücklich die KPD, die sich in ihren familienpolitischen Vorstellungen konsequent am sowjet-russischen Vorbild revolutionärer Ehegesetzgebung und Verstaatlichung der Kindererziehung orientierte. Folgt man den Ausführungen von Rebecca Heinemann, hatte das kommunistische Bekenntnis zum sowjetischen Modell auf sozialdemokratische Familienpolitiker in Deutschland durchweg abschreckende Wirkung (144-149).

Trotz des unübersehbaren Zeitsprungs im zeithistorischen Kontinuum des 20. Jahrhunderts schließt für den Rezensenten die auf die föderativ-sozialstaatliche Familienpolitik in der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis 1975 bezogene Untersuchung von Christiane Kuller (Universität München) gewissermaßen nahtlos an die Studie von Rebecca Heinemann an. Denn wieder einmal sollte eine pronatalistische Familienpolitik in Deutschland zuerst der Kriegsfolgenbewältigung dienen, sodann auch dem weiteren Geburtenrückgang entgegenwirken. Vor einer drohenden Überalterung der (west-)deutschen Bevölkerung warnte Bundeskanzler Konrad Adenauer bereits 1953 eindringlich. Es war das Jahr, in dem auch das Bundesfamilienministerium eingerichtet wurde. Besonders lesenswert ist die von Christiane Kuller dargestellte Geschichte dieses Ministeriums bis Mitte der 1970er Jahre. Es „war [...] in erster Linie ein Zugeständnis Konrad Adenauers an den katholischen Klerus“ (85). Folglich galt das Familienministerium in den 1950er und frühen 1960er Jahren als dezidiert katholisches Ministerium, zumal es bis 1962 mit Franz-Josef Wuermeling von einem strenggläubigen Katholiken geleitet wurde.

Doch macht die Autorin auch darauf aufmerksam, dass die Schlüsselpositionen im Bundesfamilienministerium von Anfang an konfessionell paritätisch besetzt wurden, womit auch die evangelische Kirche Einfluss auf das familienpolitische Leitbild der Adenauer-Ära, die konservative bürgerliche (Klein-)Familie, auszuüben vermochte. Erst mit der Sozialdemokratin Käthe Strobel, die im Zuge des Machtwechsels von der CDU zur sozial-liberalen Koalition zuerst das Gesundheitsministerium, dann auch das Familienressort übernehmen musste, setzte nach Kuller die Säkularisierung der Familienpolitik auf Bundesebene ein: „Unter dem Schlagwort der ‚rationalen‘ Familienpolitik distanzieren sich Käthe Strobel und ihre sozialdemokratischen Amtsnachfolgerinnen von den christlich geprägten familienpolitischen Leitgedanken ihrer Vorgänger, die sie als reine Ideologie ablehnten“ (97).

Wie Kuller zeigt, hatte allerdings auch der wissenschaftliche Sachverstand von Anfang an seinen festen Platz im Bundesfamilienministerium. Die Autorin verweist hier unter anderem auf den von Minister Wuermeling 1954 berufenen Beirat aus Vertretern der Familienverbände, Ehe- und Familienberatern sowie wissenschaftlichen Sachverständigen; unter ihnen der katholische Soziallehrer Josef Höffner (später Erzbischof von Köln und Kardinal) und der Soziologe Helmut Schelsky, aber auch der Gründer von Pro Familia, der Arzt und Sozialhygieniker Hans Harmsen. Harmsen, ein Grotjahn-Schüler, war „vor 1945 an der Durchsetzung der Sterilisierungspolitik in den Anstalten der Inneren Mission beteiligt gewesen“ (99). Mit der Reorganisation des familienpolitischen Beirats am Ende der 1950er Jahre kamen über die Deutsche Akademie für Bevölkerungswissenschaft noch weitere Sozial- und Humanwissenschaftler als Politikberater hinzu, die ebenfalls schon in der

NS-Zeit als Bevölkerungsexperten in Wissenschaft und Praxis tätig waren.

Cristiane Kullers Untersuchung beschränkt sich aber nicht auf die Geschichte des Bundesfamilienministeriums (85-125). Zu den „institutionelle(n) Voraussetzungen der Familienpolitik“ (83) zählt sie vielmehr auch die Familienverbände und ihre politischen Aktivitäten (125-135) und die Entwicklung des Familienlastenausgleichs (155-222) als fiskalpolitisches Instrument (Familienlohn Kindergeld). Anschließend richtet Kuller ihr Interesse auf die föderativen Züge der westdeutschen Familienpolitik im Untersuchungszeitraum. Dabei hat sich die Autorin, für sie naheliegend, auf das Bundesland Bayern konzentriert und hier wiederum die Familienbildung und -beratung sowie die Kindergärten als familienpolitische Handlungsfelder in den Blick genommen (285-325). Diese erweiterte politikgeschichtliche Perspektive, die gerade auch die länderspezifische Gestaltung von Familienpolitik erfasst, macht auf Initiativen und Aktivitäten, auf inhaltliche Auseinandersetzungen und Kompetenzstreitigkeiten, auf symbolische Politik und Realpolitik aufmerksam, die auf der bundespolitischen Ebene so nicht zwingend sichtbar werden, die gleichwohl den von Christiane Kuller konstatierten „familienpolitischen Wandel“ (5) in der Bundesrepublik Deutschland vom Beginn der 1950er Jahre bis in die erste Hälfte der 1970er Jahre kennzeichnen.

Beide Untersuchungen machen darauf aufmerksam, dass die Geschichte der Familie als Geschichte ihrer Leitbilder, ihrer über die Familie hinaus weisenden Diskurse und ihrer fortschreitenden staatlichen Institutionalisierung in der industriegesellschaftlichen Moderne mittlerweile auch das Interesse der politikgeschichtlichen Forschung gefunden hat. Die Studie von Christiane Kuller enthält überdies Anregungen gerade auch für eine Bildungsgeschichte, die als Sozial- oder als Diskursgeschichte den politischen Dimensionen von Erziehung und Bildung wieder vermehrt Aufmerksamkeit schenken will. Das gilt insbesondere für das Kapitel Familienbildung und -beratung, weil es sowohl die programmatische als auch die reale Komplexität der „Querschnittaufgabe“ Familienpolitik im föderativen Sozialstaat der Bundesrepublik Deutschland auf überzeugende Weise darstellt; die Historische Bildungsforschung kann davon profitieren.

Hans Malmede (Düsseldorf)

Hans Malmede: Rezension von: Heinemann, Rebecca: Familie zwischen Tradition und Emanzipation, Katholische und sozialdemokratische Familienkonzeptionen in der Weimarer Republik. München: Oldenbourg Verlag 2004. In: EWR 5 (2006), Nr. 6 (Veröffentlicht am 28.11.2006), URL: <http://www.klinkhardt.de/ewr/48656828.html>